

# Soziales kostet Geld

**Das deutsche Sozialsystem schneidet im EU-Vergleich eher schlecht ab – trotz relativ hoher Ausgaben. Die sozial erfolgreichen europäischen Länder geben ähnlich viel Geld aus. Sie tun es aber offenbar effizienter.**

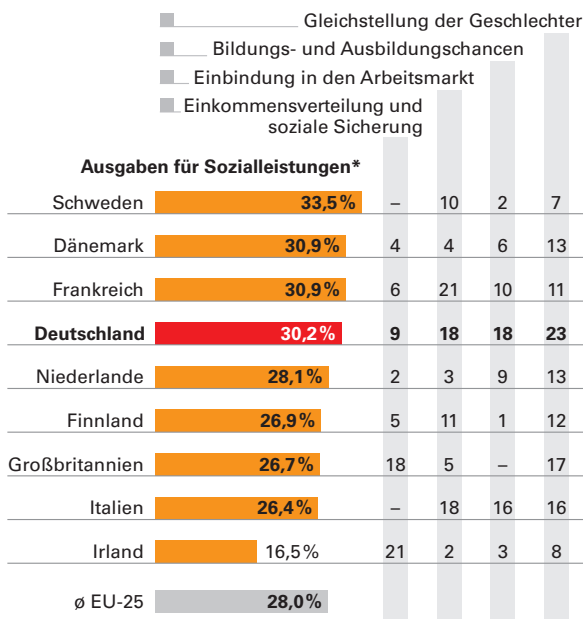
30,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließen in Deutschland in die soziale Sicherung. Damit liegt die Bundesrepublik im EU-Sozialranking des Forschungsinstituts berlinpolis auf Platz vier – bei den Ausgaben. Die Resultate des deutschen Sozialsystems sind hingegen – gemessen an 35 Kenndaten aus europäischen Statistiken – unterdurchschnittlich, ergibt die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Kurzstudie\* der Berliner Experten.

Die Deutschen rangieren zwar in punkto „Einkommensverteilung und soziale Absicherung“, einer sozialpolitischen Kerndimension, noch unter den ersten zehn in der EU. Bei Arbeitslosigkeit und Bildungschancen, bei Geschlechtergleichstellung und demografischer Entwicklung landet die Bundesrepublik hingegen im unteren Drittel. Alles in allem setzt berlinpolis Deutschland auf Rang 23 unter den 25 Unionsstaaten. „Die Studie weist somit auch auf große Defizite im Hinblick auf eine nachhaltige Konsolidierung und Modernisierung des deutschen Sozialstaats hin“, schreiben die Autoren Jeppe F. Jörgensen und Professor Jochen Schulz zur Wiesch.

Hohe Ausgaben sind also keine Garantie für gute Ergebnisse. Umgekehrt zeigt der EU-Vergleich aber auch: Ein erfolgreiches Sozialsystem kostet Geld. Gleichmäßig gute oder zumindest befriedigende Ergebnisse in allen untersuchten Dimensionen weisen Dänemark, Schweden, die Niederlande und Finnland auf. Die beiden skandinavischen Länder investieren sogar noch einen höheren Anteil ihrer Wirtschaftsleistung ins Soziale als Deutschland, in den Niederlanden ist es nicht viel weniger. Zudem erhalten Arbeitslose und Sozialhil-

## Der Preis sozialer Sicherheit

Rang unter den 25 EU-Mitgliedsstaaten mit Blick auf ...



\* in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2003  
Quelle: berlinpolis 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

feempfänger in allen vier Ländern mindestens genauso viel Unterstützung wie in der Bundesrepublik. Irland hingegen kommt zwar durch brummenden Jobmarkt, gute Bildungschancen und eine relativ hohe Geburtenrate insgesamt auf einen vorderen Platz. Die niedrigen Ausgaben für den Sozialschutz – lediglich 16,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt – machen sich allerdings deutlich bemerkbar: Die Einkommensunterschiede und das Armutrisiko, insbesondere für Senioren, liegen drastisch über dem europäischen Mittel. ◀

\* Quelle: Jeppe F. Jörgensen, Jochen Schulz zur Wiesch: Wie sozial ist Europa? Arbeitspapier Nr. 131 der Hans-Böckler-Stiftung, im Erscheinen  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

### Studium

## Eine Gebühr ohne Gegenleistung

**Die Einführung von Studiengebühren ist beschlossene Sache. Doch ein Richter des Bundesfinanzhofs kritisiert die Regelungen der Bundesländer – die Gebührengesetze seien verfassungswidrig.**

Ludwig Kronthaler, Richter am Bundesfinanzhof, hält die vorliegenden Gesetze zur Erhebung von Studiengebühren für nicht verfassungsgemäß. Der Jurist bemängelt in einem Gutachten\*: Die Gesetze erfüllten die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Sozialverträglichkeit nicht. Eine pauschale Gebühr sei unzulässig.

Sozialverträglichkeit: Die Länder erwarten, dass Studierende, die sich die Gebühren nicht leisten können, ein Darlehen aufnehmen und nach dem Studium zurückzahlen. Wenn das Geld dazu fehlt, springt ein so genannter Ausfallfonds ein. Nun sollen aber die Studierenden selbst die Mittel für den Fonds aufbringen. In Nord-

rhein-Westfalen fließen 23 Prozent der Gebühren nicht in die Lehre, sondern in den Ausfallfonds. Eine solche Sonderabgabe sei nicht verfassungsgemäß, erklärt Kronthaler. Sein Einwand: Sie bürde einer einzelnen Gruppe auf, Zugangsmöglichkeiten zum Studium zu schaffen. Das sei jedoch eine öffentliche Aufgabe, die daher aus öffentlichen Kassen bestritten werden müsse.

Höhe der Gebühren: Den Gesetzen zufolge sollen die Ge-

bühren zur „Verbesserung der Studienbedingungen“ eingesetzt werden. Die Hochschulen haben nachzuweisen, wie sie mit den Gebühren die Lernbedingungen verbessern. Diese Ausgaben müssen sich in der Höhe der Studiengebühren widerspiegeln, so Kronthaler. Ein einheitlicher Betrag für alle Fächer sei keine rechtlich korrekte Lösung.

\*Quelle: Ludwig Kronthaler: Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen bei der Einführung von Studiengebühren, 2006

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)